

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

27. Juni 2016

Gekürzte Version aufgrund der aktuellen Personalsituation!

Afghanistan

Sicherheitslage

In einem Bericht an den Kongress konstatiert das US-Verteidigungsministerium eine verschlechterte Sicherheitslage angesichts des Abbaus der internationalen Militärpräsenz sowie der Schwäche der afghanischen Kräfte. Während die einheimischen Kräfte weiterhin die städtischen Zentren kontrollierten, weiteten die Taliban ihren Einfluss besonders in ländlichen Gebieten aus. Sie hätten ihre Widerstandsfähigkeit durch Angriffe in Nangarhar, Herat, Kunduz und anderen Nordprovinzen sowie in Helmand unter Beweis gestellt. Zunehmend verübten sie auch spektakuläre Anschläge in Städten. Von Januar bis Mai 2016 habe es 2.496 zivile Opfer gegeben, darunter 760 Tote.

In der Provinz Nangarhar kamen bei Kämpfen zwischen dem IS und afghanischen Sicherheitskräften mehr als 135 Rebellen und mindestens zwölf Angehörige der Sicherheitskräfte ums Leben. Die zweitägigen Kämpfe begannen am 24.06.16, als Hunderte von IS-Kämpfern einen Posten der Sicherheitskräfte im Distrikt Kot angegriffen.

Anschläge

Bei einem Anschlag am 20.06.16 auf einen Angehörigen des Rats der Provinz Kabul wurden sechs Menschen verletzt, darunter das Ratsmitglied und sein Leibwächter.

Acht Personen kamen ums Leben, 14 wurden verletzt, als am 20.06.16 auf einem Marktplatz in der Provinz Badakhshan ein mit Sprengstoff präpariertes Motorrad explodierte.

Kämpfe zwischen Taliban

Nach Angaben eines Sprechers des Gouverneurs der Provinz Herat vom 22.06.16 forderten Kämpfe zwischen einer Splittergruppe um Mullah Mohammed Rassoul, der dem Ende Mai neu gewählten Talibanführer Mullah Haibatullah Akhundzada die Gefolgschaft verweigert hatte, mit Anhängern Akhundzadas 20 Todesopfer. Zivilisten seien nicht zu Schaden gekommen.

Geiselnahme von Reisenden

Im Bezirk Gereshk in der Provinz Helmand nahmen Taliban am 22.06.16 etwa 60 Insassen mehrerer Busse und anderer Fahrzeuge als Geiseln. Personen, die mit ihrer Familie unterwegs gewesen waren, ließen sie kurz darauf wieder frei. Die Taliban erklärten in einer Stellungnahme im Internet, sie hätten „27 verdächtige Individuen“ festgenommen. Falls es sich um Regierungsmitarbeiter handele, würden sie vor ein Gericht der Taliban gestellt. Stammesältesten gelang es, die Freilassung der Geiseln bis auf zwei auszuhandeln.

Irak

Befreiung Fallujas

Den irakischen Streitkräften ist es am 26.06.16 nach eigenen Angaben gelungen, die gesamte Stadt Falluja vom IS zurückzuerobern. Die Armee hatte Ende Mai 2016 mit Luftunterstützung der Militärallianz eine Offensive zur Rückeroberung der Stadt (50 Kilometer westlich von Bagdad) gestartet, nachdem diese im Januar 2014 vom IS besetzt worden war (vgl. BN v. 20.06.16, 13.06.16 und 06.06.16).

Syrien

Zahlreiche Tote bei Luftangriffen

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte wurden am 25.06.16 bei Luftangriffen im Osten mehr als 80 Menschen getötet, unter ihnen zahlreiche Zivilisten. Die Angriffe galten der von der IS kontrollierten Stadt Al-Kurijah in der ölreichen Provinz Deir Ezzor. Es soll sich um russische und syrische Flugzeuge gehandelt haben.

Libanon

Mehrere Tote bei Selbstmordanschlägen

Bei vier Selbstmordanschlägen im Abstand von etwa zehn Minuten in dem mehrheitlich christlichen Dorf Al-Kaa an der Grenze zu Syrien sollen am Morgen des 27.06.16 mindestens fünf Personen umgekommen und 15 verletzt worden sein. Es ist unklar, wer die Anschläge verantwortet. Es dürfte sich um Auswirkungen des syrischen Bürgerkrieges handeln. Im Libanon stiegen die Spannungen zwischen den Religionsgruppen. Immer wieder kommt es zu Anschlägen und Gefechten, besonders im Grenzgebiet zu Syrien zu Kämpfen zwischen der libanesischen Armee und Jihadisten.

Südsudan

Zivilisten fliehen vor Kämpfen

Nach Angaben der UN vom 25.06.16 trieben Kämpfe zwischen der südsudanesischen Armee und bewaffneten Gruppen in und um die Stadt Wau (nordwestlicher Bundesstaat Western Bahr el Ghazal) tausende Zivilisten in die Flucht. Die Herkunft der bewaffneten Gruppen ist unklar.

DR Kongo

Oppositionspolitiker Moïse Katumbi zu drei Jahren Haft verurteilt

Am 22.06.16 verurteilte ein „Tribunal de Paix“ in der südostkongolesischen Stadt Lubumbashi Moïse Katumbi (früherer Gouverneur der Provinz Katanga und Präsidentschaftskandidaten des Oppositionsbündnisses G7) in Abwesenheit zu drei Jahren Haft sowie zu einer Schadensersatzzahlung von einer Million US-Dollar. Er wurde für schuldig befunden, sich durch Betrug ein Haus angeeignet und 1998 weiterverkauft zu haben, das als Erbe dem griechischen Kläger gehört habe. Laut Angaben von Katumbis Rechtsanwalt sei dagegen ein Bruder Katumbis der Eigentümer des Hauses gewesen. Falls das Urteil rechtskräftig wird, könnte Katumbi als verurteilter Straftäter nicht an der ursprünglich für November 2016 geplanten Präsidentschaftswahl teilnehmen. Gegen Katumbi, der derzeit der wichtigste Oppositionspolitiker des Landes ist, war bereits am 19.05.16 ein Haftbefehl erlassen worden. Ihm wird darin vorgeworfen, ausländische Söldner angeworben und damit die Staatssicherheit gefährdet zu haben. Mit Einwilligung des Generalstaatsanwaltes konnte er am 20.06.16 die DR Kongo zur ärztlichen Behandlung verlassen.

Früherer Vizepräsident Bemba vom IStGH zu 18 Jahren Haft verurteilt

Am 21.06.16 verurteilte der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag das Strafmaß für den ehemaligen Vizepräsidenten der DR Kongo (2003-2006), Jean-Pierre Bemba, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 18 Jahren Haft. Bemba war bereits im März 2016 als Befehlshaber der Miliz „Bewegung für die Befreiung Kongos“ (MLC) schuldig gesprochen worden, weil die ihm unterstellten Milizionäre in der benachbarten Zentralafrikanischen Republik von Oktober 2002 bis März 2003 zahlreiche Männer, Frauen und Kinder gefoltert und ermordet, eine Vielzahl von Frauen und Mädchen vergewaltigt und Plünderungen begangen hatten. Bemba sitzt seit 2008 in Untersuchungshaft. Diese Zeit wird auf die Strafe angerechnet. Gegen den Schuldspruch des IStGH wurde Rechtsmittel eingelegt.

Somalia

Anschlag auf Hotel in Mogadischu

Am 25.06.16 starben bei einem Terroranschlag auf ein bei somalischen Geschäftsleuten und Ausländern beliebtes Hotel mindestens 15 Menschen, mindestens 20 wurden verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Unruhe in Puntland

Nach Berichten englischsprachiger somalischer Medien versucht derzeit Abdismad Mohammad Galan, ein ehemaliger Gouverneur der Region Bari, die Macht in Puntland gewaltsam an sich zu bringen und den im Januar 2014 gewählten Präsidenten Abdiweli Mohamed Ali „Gas“ vertreiben. Clanälteste aus Puntland nahmen Verhandlungen auf, um Zusammenstöße zwischen den Aufständischen um Gallan und den Sicherheitskräften zu verhindern. In einem Interview für eine Radiostation erklärte Galan, er habe zu den Waffen gegriffen, um das Volk von dem „tyrannischen Führer“ und seiner „diktatorischen Regierung“ zu befreien. Am 23.06.16 kam es nahe der Stadt Armo (Region Bari) zu einem Gefecht, nachdem Soldaten aus Puntland Galans Basis angegriffen hatten. Galan erklärte in einem Telefoninterview, es sei gelungen, den Angriff zurückzuschlagen, dem Gegner Verluste beizubringen und ein Armeefahrzeug zu zerstören.

Nigeria

5.000 Geiseln der Boko Haram befreit

Laut Angaben des Armeesprechers Colonel Sani Usman vom 26.06.16 habe die Armee zusammen mit Angehörigen der zivilen Bürgerwehr am 25.06.16 im nordöstlichen Bundesstaat Borno bei Sicherheitsoperationen in den Dörfern Zangebe, Maiwa, Algaiti und Mainari über 5.000 Geiseln aus den Händen der Terrororganisation Boko Haram befreit. Sechs Terroristen seien getötet worden.

Fast 200 Menschen in Flüchtlingslager gestorben

Am 23.06.16 warnte die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen vor der Entwicklung einer humanitären Katastrophe in einem Lager für Vertriebene, das auf einem Krankenhausgelände der Stadt Bama (nordöstlicher Bundesstaat Borno, etwa 70 km westlich von Maiduguri) eingerichtet wurde. In dem Lager leben etwa 24.000 Menschen, die vor der Terrororganisation Boko Haram geflohen sind, unter ihnen 15.000 Kinder. Eine Bedarfserhebung am 21.06.16 in dem Lager ergab, dass von über 800 untersuchten Kindern fast jedes Fünfte unter akuter Mangelernährung litt und sich 16 in akuter Lebensgefahr befanden. Seit dem 23.05.16 seien mindestens 188 Menschen gestorben, viele davon aufgrund von Durchfallerkrankungen und Mangelernährung.

EJR Mazedonien

Amtsenthungsverfahren gegen Staatspräsident Ivanov gescheitert

Am 21.06.16 scheiterte im Parlament ein von der größten Oppositionspartei SDSM (Sozialdemokratische Union Mazedoniens) sowie der mitregierenden albanisch geprägten Partei DUI (Demokratische Union für Integration) eingeleitetes Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsident Gjorge Ivanov. Im Parlament (123 Sitze) stimmten 35 für und 47 gegen eine Amtsenthebung Ivanovs, so dass die hierfür erforderliche Zweidrittelmehrheit verfehlt wurde. In Mazedonien begann nach der Parlamentswahl vom April 2014 eine Regierungskrise, als die SDSM der größten Regierungspartei VMRO-DPMNE Wahlfälschung vorwarf. Diese spitzte sich am 12.04.16 zu, als Ivanov während der Ermittlungen zu einer Abhöraffaire 56 Politiker begnadigte, darunter Ex-Regierungschef Nikola Gruevski von der VMRO-DPMNE. Nach heftigem internationalem Druck zog Ivanov am 06.06.16 die Amnestie zurück.

Kolumbien

Waffenstillstand vereinbart

Die Regierung und die Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) unterzeichneten am 23.06.16 in Havanna (Kuba) ein Waffenstillstandsabkommen. Es sieht vor, dass die Rebellen ihre Waffen niederlegen und ihre Ziele künftig nur noch mit politischen Mitteln verfolgen. Der verschiedentlich als historisch bezeichnete Waffenstillstand ist Voraussetzung für einen Friedensvertrag, über den seit Ende 2012 verhandelt wird. Hinsichtlich einer Übergangsjustiz, Sozialprogrammen sowie der politischen Teilhabe der Guerillas einigte man sich bereits. In dem rund 50-jährigen Konflikt, an dem bis in jüngere Zeit mehrere Guerillagruppen und paramilitärische Gruppen beteiligt waren, starben mehr als 200.000 Menschen, etwa sechs Millionen wurden zumeist landesintern vertrieben. Die FARC haben etwa 7.000 Kämpfer unter Waffen. Die kleinere Rebellenorganisation Ejército de Liberación Nacional (ELN) ist nach wie vor aktiv.